

+++ Pressemitteilung +++

18.01.2022

Wirtschaftliche Notlage der öffentlichen Bäder, Saunaanlagen und Kureinrichtungen aufgrund der pandemiebedingten Restriktionen – IAKS Deutschland appelliert an die Bundes- und Landesregierungen für wirkungsvollere Unterstützung

Mit einem eindringlichen Appell wendet sich die IAKS Deutschland gemeinsam mit führenden Verbänden des deutschen Bäder- und Kurwesens an die Bundesregierung und die Länderregierungen.

Deren aktuelle Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung bringen die Betriebe in existentielle Nöte. „Die öffentlichen Bäder, Saunaanlagen und Kureinrichtungen erleben derzeit den zweiten harten Winter, der geprägt ist von Existenzängsten und extremen Einschränkungen im Betrieb“ heißt es in dem [Schreiben](#), das an Bundeskanzler Olaf Scholz und die zuständigen Fachminister gerichtet wurde.

Das Instrumentarium der verordneten Kontaktbeschränkungen, von dem die öffentlichen Bäder, Saunaanlagen und Kureinrichtungen betroffen sind, reicht von der Anwendung der „2G“ bzw. der „2G+“-Regelung, verbunden mit einer Limitierung der Gästezahlen, bis hin zu Teilschließungen und vollständigen Schließungen. Unter diesen Bedingungen sei ein wirtschaftlicher Betrieb nicht möglich: „Wir wollen unsere Bäder, Saunaanlagen und Kureinrichtungen auch unter schwierigen Bedingungen offenhalten, da sie einen wesentlichen Beitrag zur Gesundheitsvorsorge und Infektionsvorbeugung leisten – als Orte der Prophylaxe und Therapie, aber auch der sportlichen Aktivität, der Erholung und des familiären Miteinanders. Dies ist unter den gegebenen Bedingungen nicht möglich ohne erhebliche Umsatzeinbußen in Kauf zu nehmen, die bei fortlaufend hohen Kosten einen wirtschaftlichen Betrieb verhindern“.

Was die Unterzeichner des Appells besonders frustriert, ist die Tatsache, dass sich öffentliche Bäder, Saunaanlagen und Kurbetriebe im Pandemiegeschehen als sichere Orte erwiesen haben, was durch diverse Studien (u.a. des Umweltbundesamtes und des Deutschen Instituts für Gesundheitsforschung) belegt wurde, sich aber in der Einstufung dieser Anlagen in den Corona-Schutzverordnungen der Länder nicht entsprechend wiederfindet.

Neben den Forderungen nach direkten Hilfszahlungen, der zügigen und unbürokratischen Gewährung von Kurzarbeitergeld, nach mehr Planungssicherheit und der Ermöglichung der internationalen Rekrutierung von Personal, geht es der IAKS Deutschland vordergründig um den dringend notwendigen Ausbau von wirkungsvollen Förderprogrammen. Auch die öffentlichen Bäder, Saunaanlagen und Kureinrichtungen sind stark vom Sanierungstau betroffen und benötigen an vielen Stellen Sanierungs-, Modernisierungs- und Digitalisierungsmaßnahmen.

Der Brief an die Regierenden endet deshalb mit einem eindringlichen Appell: „Bitte geben Sie unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und nicht zuletzt auch unseren Gästen in den für Public Health und Sport so wichtigen Einrichtungen durch Erfüllung unserer Forderungen wieder eine Perspektive“.